DL/FW-UDS

Fraktion DL/FW-UDS in der
Stadtverordnetenversammlung
der Kreisstadt Dietzenbach

Anfrage an den Magistrat der Kreisstadt Dietzenbach

18.02.2021

Betr.: Illegale Bauschutt-Deponie

Vorweg sei betont, dass diese Anfrage bitte nicht als „Wahlkampfgetöse“ diskreditiert, sondern mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zügig beantwortet wird!

Vergangenen Freitag lag - zeitgleich zum Termin des Akteneinsichtsausschusses - bei den Fraktionsvorsitzenden eine Protokollnotiz zur illegalen Deponie für Bauschutt gegenüber vom Grünabfallsammelplatz in den Postkörben. Die Zeitgleichheit regt deshalb zum Nachdenken und -fragen an, weil in der Ausschusssitzung deutlich geworden ist, dass der Bürgermeister – von ihm bestätigt - über wesentliche finanzielle Aktivitäten der Städtischen Betriebe nicht informiert war.

Die verharmlosende Protokollnotiz lässt befürchten, dass dies auch hinsichtlich der möglicherweise gravierenden Konsequenzen im Bereich des Umweltschutzes der Fall sein könnte.

Nachdem das in Frage stehende Areal im letzten Sommer durch einen Zaun abgesichert wurde, habe ich mehrfach mit interessierten und teils besorgten Bürgern über den damals deutlich erkennbaren Bauschutt gesprochen und ich habe auf Rückfragen eine städtische Beteiligung als nicht vorstellbar negiert. Mittlerweile befürchte ich, diese Einschätzung eventuell zu blauäugig formuliert zu haben. Dies vor allem nach meinen mittlerweile angestellten Recherchen über den zeitlichen Verlauf der Deponieentwicklung, die ich dieser Anfrage beifüge.

Die zeitliche Sequenz der Bilder zeigt, dass mitnichten davon ausgegangen werden kann, dass die illegalen Ablagerungen nach 2012 nur noch sporadisch angefallen sind. Die aktuellen Bilder erwecken außerdem den Eindruck eines organisierten An- und Abfahrweges für großvolumige Lastwagen.

Deshalb folgende Fragen:

1. Kann weiterhin behauptet werden, dass die Stadt diese Entwicklung weder aktiv betrieben noch bemerkt hat?

2. Ist gesichert, dass sämtlicher Bauschutt aus Hoch- und/oder Tiefbau, der von dem verantwortlichen Fachbereich veranlasst wurde, umweltrechtlich korrekt und durch Entsorgungsbescheinigungen belegt entsorgt wurde?

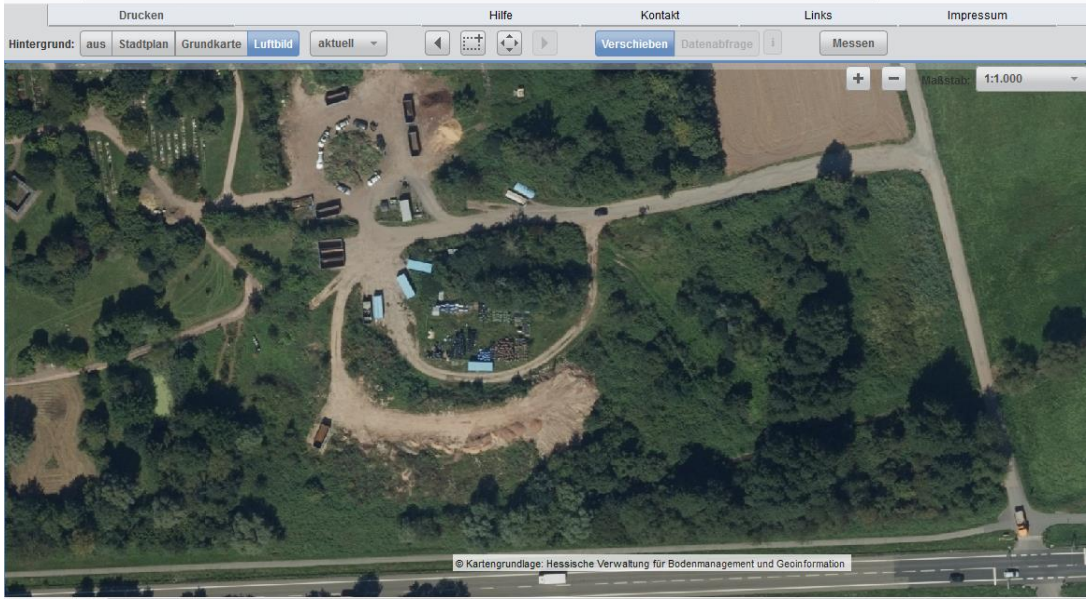
3. Mit welchen Kosten der Entsorgung müssen die Städtischen Betriebe rechnen?
4. Seit wann sind die Umweltbehörden über die Problemlage informiert?

Fraktion DL/FW-UDS

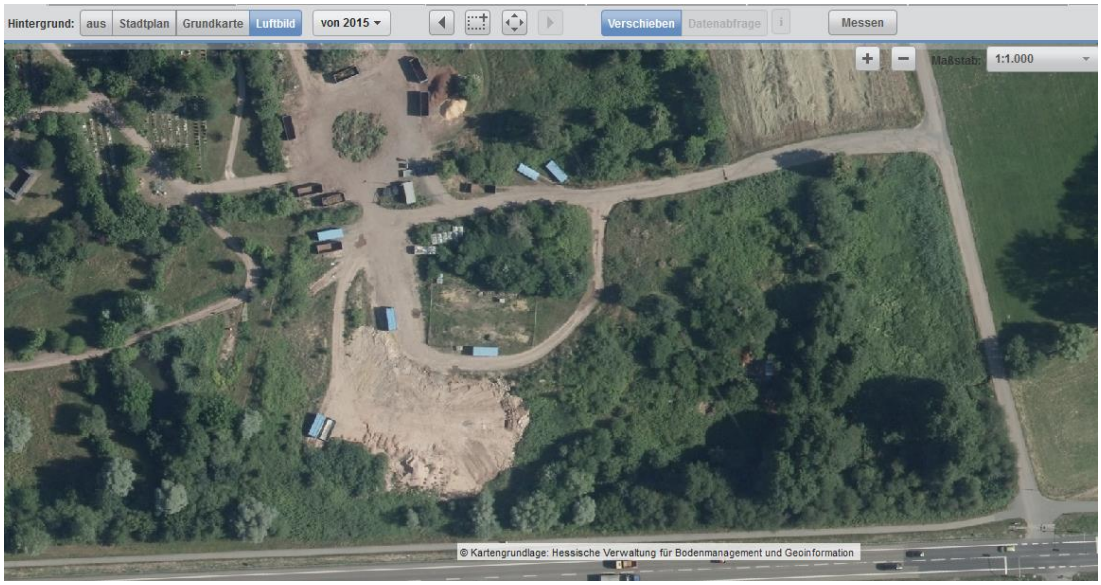
Jens Hinrichsen

Anlage

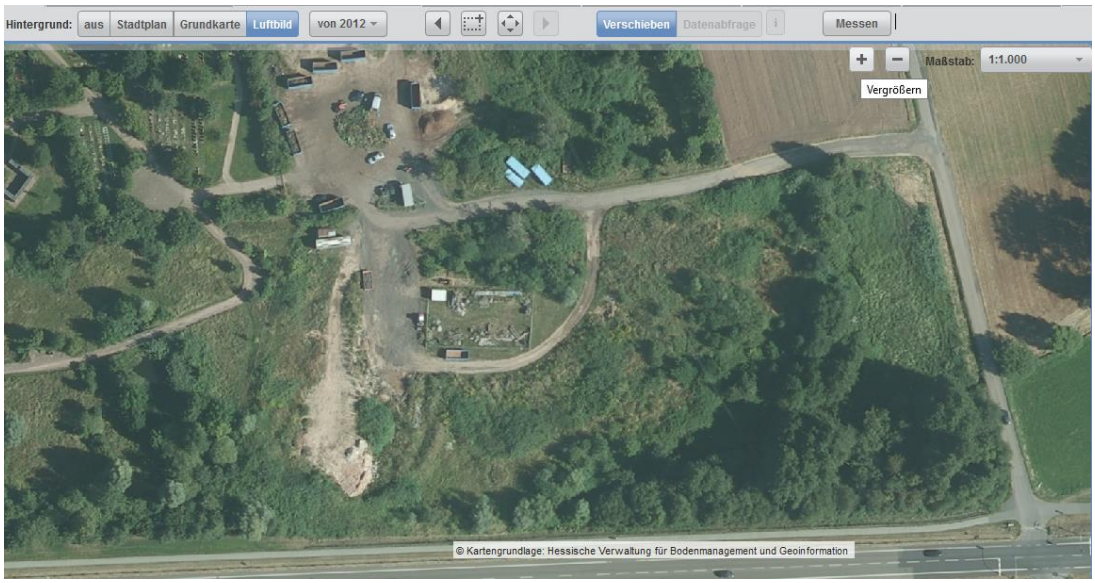
Entwicklung Grünabfallplatz und südliches Nachbargebiet:



2020

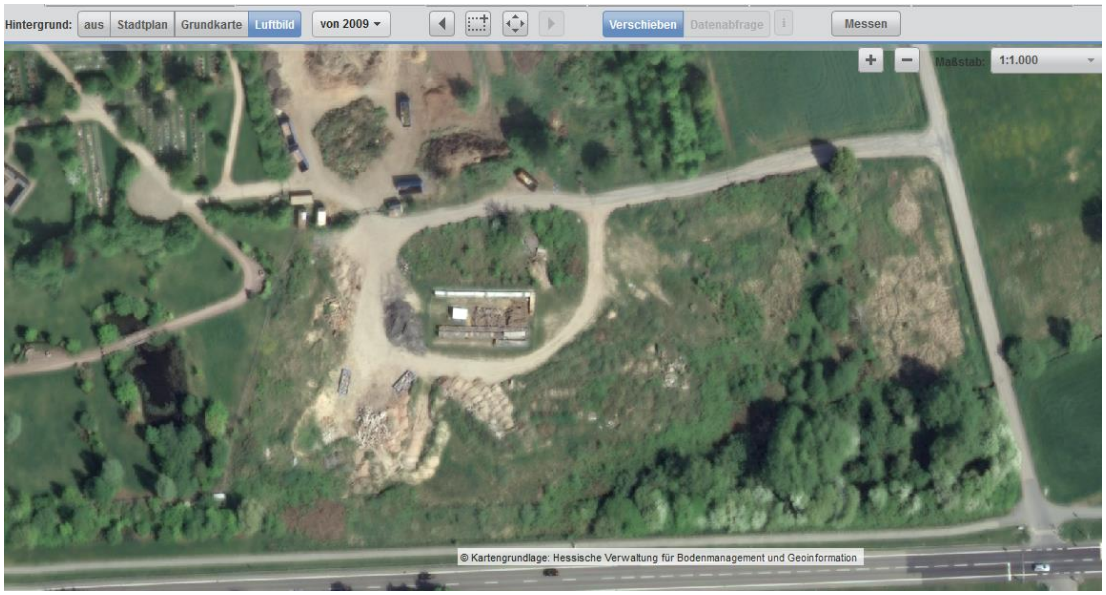


2015

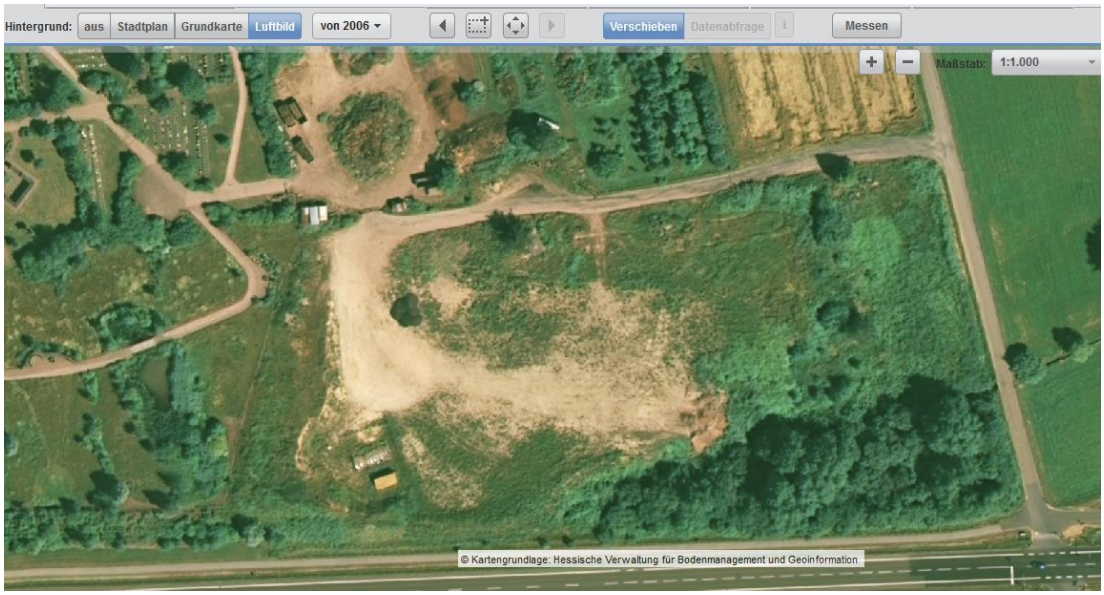


2012

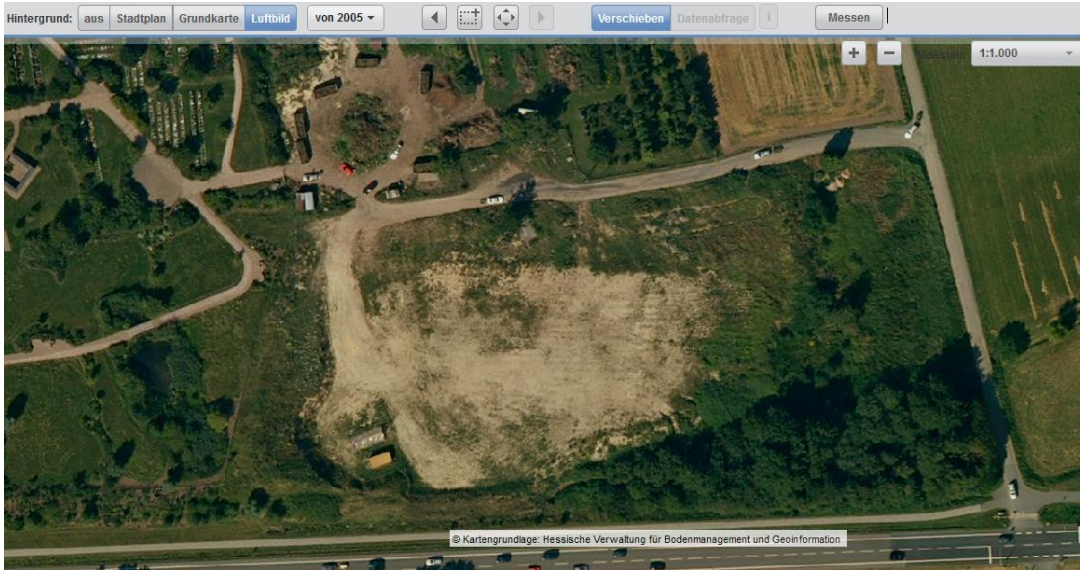
2011



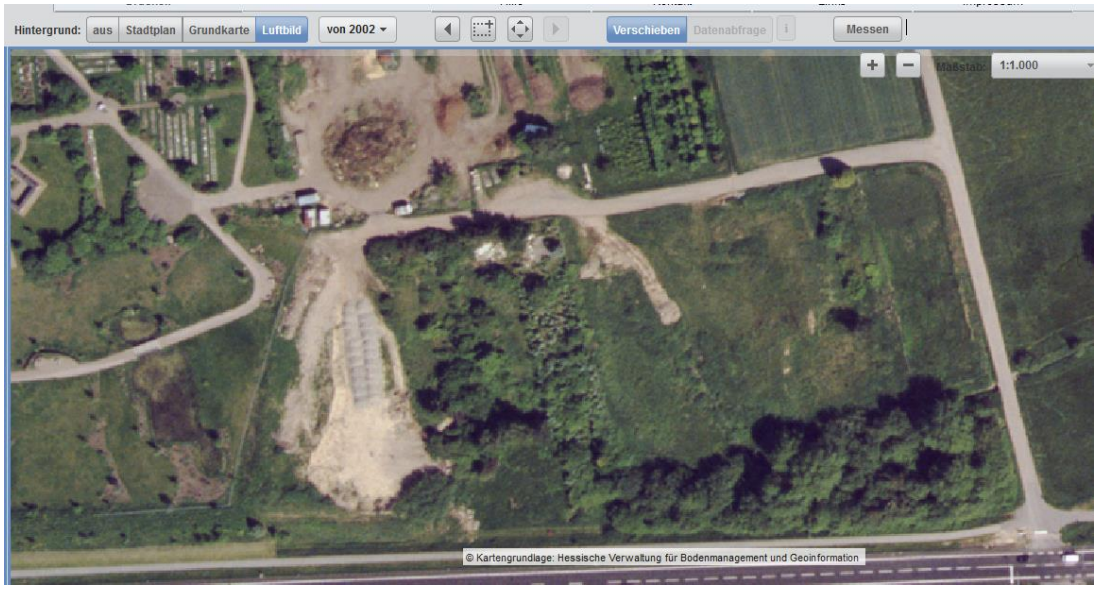
2009



2006



2005



2002

1996